

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Executive Summary

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Bessere Aussichten für Industrieländer, Wachstum in Schwellenländern nimmt ab

- Die aktuellen Prognosen für die Weltwirtschaft erwarten weiterhin eine moderate Beschleunigung des BIP-Wachstums. Die neueste Prognose des IWF (WEO April) geht von einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5 % für 2015 aus, bevor sich das Wachstum 2016 auf 3,8 % beschleunigen soll. Im Vergleich zum vergangenen Jahr hat sich der Ausblick für die entwickelten Volkswirtschaften deutlich verbessert, während bei den Schwellenländern nun von etwas schwächerem Wachstum ausgegangen wird.
- Die Prognoserisiken sind gegenüber dem Oktober WEO ausgeglichener aber weiterhin abwärts gerichtet. Abwärtsrisiken sind die aktuellen geopolitischen Spannungen (insbesondere Russland/Ukraine), die bevorstehende Normalisierung der Geldpolitik in den USA und damit verbundene Kapitalzuflüsse aus den Schwellenländern (höhere Volatilität an den Finanzmärkten), sowie mit Stagnation und niedriger Inflation verbundene Risiken in einigen Industriestaaten. Eine stärker als erwartete Wirkung des niedrigen Ölpreises auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stellt ein wesentliches Aufwärtsrisiko der Prognose dar.

Euroraum: Konjunkturerholung setzt sich fort, Inflationsrate weiterhin niedrig

- Im Euroraum verstärkten sich zu Jahresbeginn die positiven Konjunktursignale. Das reale BIP im Euroraum ist im vierten Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % gestiegen. Wachstumsträger war dabei – wie schon im Quartal zuvor – primär die Binnennachfrage. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen trugen positiv zum Wachstum bei. Als Wachstumsstütze hinzugekommen sind die Nettoexporte. Gegenüber dem Vorjahr legte das reale BIP um 0,9 % zu. Aktuelle Frühindikatoren sowie rezente Prognosen lassen für das erste Quartal 2015 für den Euroraum eine leichte Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 0,3 bis 0,4 % (gegenüber dem Vorquartal) vermuten. Für das Gesamtjahr 2015 erwartet die EZB-Prognose vom März ein BIP-Wachstum von 1,5 %, das sich 2016 weiter auf 1,9 % beschleunigen soll.
- Die HVPI-Inflationsrate folgte im Euroraum trotz der seit Jahren expansiven geldpolitischen Ausrichtung einem deutlichen Abwärtstrend: Lag die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2014 noch knapp unter 1 %, nahm sie im Jahresverlauf weiter ab. Durch den Ölpreisverfall und die extrem schnelle Überwälzung auf die Konsumentenpreise fiel die HVPI-Inflationsrate im Dezember 2014 (nach 2009) wieder in den negativen Bereich und verharrt seither dort. Im Februar betrug der HVPI-Rückgang -0,3 %, im März 0,1 %.
- Im weiteren Jahresverlauf wird der HVPI-Rückgang bis September 2015 anhalten. Danach wird jedoch – sobald der Basiseffekt der niedrigen Energiepreise nach einem Jahr aus den Berechnungen herausfällt – mit einem starken Anstieg der Inflationsrate auf 0,8 % im Dezember 2015 gerechnet.

Sinkende Inflation und schleppende Wirtschaftserholung erforderten weitere geldpolitische Maßnahmen im Euroraum

- Um dem Abwärtstrend sowohl in der Inflationsentwicklung als auch in den Inflationserwartungen entgegenzuwirken, beschloss der EZB-Rat im Jänner 2015 das erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Die bestehenden Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors (CBPP3 und ABSPP¹) wurden auf Staatsanleihen sowie auf Anleihen von Emittenten mit Förderauftrag und europäischer Institutionen ausgedehnt. Ziel des Programms ist es, dass das Eurosystem sein Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität erfüllt.
- Im Rahmen des neuen Programms (einschließlich CBPP3 und ABSPP) finden monatliche Ankäufe in Höhe von 60 Mrd EUR statt. Die Ankäufe sollen mindestens bis September 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit seinem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen.
- In Bezug auf hypothetische Verluste aus Ankäufen von Wertpapieren europäischer Institutionen (12% der zusätzlichen Ankäufe) hat der EZB-Rat beschlossen, diese im Euroraum gemeinsam zu tragen. Die EZB hält 8% der zusätzlich angekauften Vermögenswerte. Somit unterliegen 20% des PSPP-Portfolios (Public Sector Purchase Programme, PSPP) dem Prinzip der Risikoteilung. Die übrigen zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten durch die NZBen unterliegen nicht der Verlustteilung.
- Technische Details des PSPP: Es werden Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 2 bis 30 Jahren gekauft, die vom Zentralstaat begeben wurden. Weiters werden auch Wertpapiere mit negativen Zinssätzen gekauft, solange diese über der Einlagefazilität liegen (also über -0,2%). Die OeNB kauft im Rahmen dieses Programms österreichische Staatsanleihen.

Wechselkurs stützt Erholung, vorerst keine spill-overs von Griechenland

- Mit den Wachstumsdifferenzen zwischen den großen Volkswirtschaften und den damit verbundenen Unterschieden in den Zinserwartungen nahm zuletzt auch die Volatilität bei den Wechselkursen wieder deutlich zu. Insbesondere die Entscheidung der EZB im Januar, das Anleihen-Ankaufprogramm auszuweiten, hat zu einer Abwertung des Euro gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner geführt. Dies ist ein wichtiger Wachstumstreiber in den jüngsten Wirtschaftsprognosen.
- Die Renditen auf Staatsanleihen gaben in den letzten Wochen merklich nach. Die einzige Ausnahme bildete Griechenland, wo die Rendite auf 10-jährige Staatsanleihen aufgrund der aktuellen politischen Unsicherheit weiter anstieg. Die übrigen Krisenländer können sich jedoch bereits sehr günstig refinanzieren.

Stabiles Wachstum in CESEE-6, tiefe Rezession in Russland

- In der CESEE-6-Region (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Ungarn) wird das BIP-Wachstum im laufenden und den zwei kommenden Jahren rund 3% p.a. betragen. Erstmals seit 2008 wird auch Kroatien 2015 wieder einen BIP-Zuwachs aufweisen, wobei der Anstieg mit 0,4% noch

¹ ABSPP = Asset Backed Securities Purchase Programme, CBPP = Covered Bond Purchase Programme.

äußerst gering ausfällt und rein von der externen Nachfrage getragen wird. In den anderen fünf Ländern hingegen etabliert sich die Inlandsnachfrage als robuster Wachstumstreiber. Mit 3,4% BIP-Wachstum im heurigen Jahr bleibt Polen die Wachstumslokomotive der Region, gefolgt von Ungarn (2,9%), der Tschechischen Republik und Rumänien (je 2,7%). Das vergleichsweise niedrige BIP-Wachstum von 1,6% in Bulgarien ist unter anderem durch Probleme im bulgarischen Bankensektor und damit verbundene Kosten bedingt. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum verringert sich auf rund 1 Prozentpunkt mit einer dementsprechenden Verlangsamung des Aufholprozesses.

- Russland wird vor dem Hintergrund des niedrigen Ölpreises sowie geopolitischer Unsicherheiten in die Rezession rutschen und erst 2017 wieder moderat positive Wachstumsraten ausweisen.

Österreich: nur moderate Konjunkturerholung

- Die verfügbaren Indikatoren zeichnen ein uneinheitliches Bild der österreichischen Konjunktur im bisherigen Jahresverlauf 2015. Die Vertrauensindikatoren enttäuschten im ersten Quartal und deuten auf einen österreichspezifischen negativen Vertrauensschock hin. Im Gegensatz dazu zeigen die Produktions- und Exportdaten, dass die derzeitige Lage etwas besser ist als die Stimmung. Das Wachstum der Industrieproduktion war nach einem positiven vierten Quartal auch im Jänner 2015 leicht im Plus, drehte aber im Februar wieder ins Minus. Der leichte Aufwärtstrend bei den Güterexporten scheint hingegen trotz eines Rückgangs im Jänner intakt. Der auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierende OeNB-Exportindikator signalisiert für das erste Quartal des Jahres ein – wenn auch nur moderates – Wachstum der Exporte. Die Aussichten für den privaten Konsum haben sich etwas verbessert. Der Einzelhandel profitiert vom niedrigen Preisauftrieb und steigenden Reallöhnen. Die Konjunktorentwicklung zu Jahresbeginn war aber noch zu schwach um ein Sinken der Arbeitslosenquote zu ermöglichen.
- Insgesamt sollten die Impulse aber stark genug sein, um zu einem moderaten Konjunkturaufschwung in Österreich zu führen. Die aktuelle Kurzfristprognose der OeNB erwartet für das erste und zweite Quartal 2015 ein Wachstum des realen BIP von +0,2% bzw. +0,3% (saison- und arbeitstäglich bereinigt gegenüber dem Vorquartal). Das Wachstum in Österreich dürfte damit aber weiterhin hinter dem Deutschlands und des Euroraums zurückbleiben. Für das Gesamtjahr 2015 erwarten die verfügbaren Prognosen nationaler und internationaler Institute für Österreich ein Wachstum zwischen ½% und 1%.

Österreich: Ölpreisbedingter Rückgang der HVPI Inflation

- Die österreichische HVPI-Inflationsrate sank von November des Vorjahres bis zum Februar 2015 um 1 Prozentpunkt und betrug im März 0,9%. Verantwortlich für diesen Rückgang ist die Entwicklung der Energiepreise, die im März um 6,4% niedriger als im Vorjahresmonat waren. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im März bei 1,7%.
- Österreichs Inflationsrate liegt damit weiterhin deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von -0,1% sowie über der Inflationsrate in unserem Nachbarland Deutschland (0,1% im März). Der Inflationsunterschied ist vor allem auf die unterschiedliche Teuerungsentwicklung im Dienstleistungssektor zurückzuführen, und hier insbesondere auf die lohnsensitiven Sektoren, wie z.B. Gastgewerbe sowie öffentliche Dienstleistungen, wie z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen.

Österreich: Steuerreform leistet spürbaren Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung, erzeugt aber auch Konsolidierungsbedarf

- Die expansiven Maßnahmen der Steuerreform bestehen größtenteils aus einer Einkommensteuersenkung durch niedrigere Grenzsteuersätze, höhere Absetzbeträge und höhere Negativsteuerbeträge. Die Gegenfinanzierung basiert auf erwarteten Einnahmen durch Betrugsbekämpfung und spezifischen Steuererhöhungen.
- Insgesamt wird das Maßnahmenpaket kurzfristig einen expansiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Dies hat vor allem zwei Gründe:
 - Das Paket stärkt das real verfügbare Haushaltseinkommen, da es nicht zur Gänze mit Maßnahmen, die gleichzeitig das verfügbare Haushaltseinkommen wieder reduzieren würden, gegenfinanziert wird.
 - Darüber hinaus sollten einige der Gegenfinanzierungsmaßnahmen tendenziell niedrigere Multiplikatoreffekte haben, da sie eher die Bezieher höherer Einkommen betreffen (Anhebung Dividenden-KeSt, Immo-ESt, Höchstbeitragsgrundlage der SV) und/oder mit relativ geringen negativen Anreizwirkungen einhergehen (Maßnahmen gegen Steuerbetrug).
- Unter der Annahme, dass durch die Betrugsbekämpfung rund 50% und durch Ausgabenkürzungen etwa 2/3 der vom BMF anvisierten Einnahmen erzielt werden können (OeNB-Einschätzung), so ergibt eine Modellsimulation der OeNB einen kumulierten positiven Effekt auf das BIP von etwa ½%, aber auch eine Verschlechterung des Budgetsaldos um etwa ½% des BIP (unter Berücksichtigung der teilweisen „Selbstfinanzierung“ durch den Effekt des höheren BIPs auf die automatischen Stabilisatoren).
- Während die fiskalpolitische Ausrichtung 2015 annähernd neutral ausgestaltet sein wird, geht die OeNB für 2016 von einer deutlichen Verschlechterung des strukturellen Saldos aus. Im Stabilitätsprogramm 2015 wird von einer kompletten Gegenfinanzierung ausgegangen; der vom BMF erwartete Impact auf den strukturellen Saldo ist damit geringer.

Konsolidiertes Jahresergebnis österreichischer Banken fiel 2014 wieder positiv aus

- Im Jahr 2014 fiel das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken (inkl. Auslandstöchter) mit 1,4 Mrd EUR wieder positiv aus, nachdem im Jahr 2013 erstmalig ein Verlust von –1,0 Mrd EUR verzeichnet wurde. Die Gesamtkapitalrentabilität betrug 0,12% (2013: -0,04%). Das positive Jahresergebnis war jedoch insbes. auf den Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria AG zurückzuführen. Insgesamt verzeichnete nur eine der drei österreichischen Großbanken ein positives Jahresergebnis im Jahr 2014.

Zunehmende Verluste in manchen Ländern beeinträchtigen die Profitabilität der österreichischer Banken in CESEE

- Die aggregierten Periodenergebnisse der österr. Tochterbanken in CESEE betragen zum Jahresende 2014 0,7 Mrd EUR (2013 2,2 Mrd EUR). Haupttreiber für die negative Entwicklung im Jahr 2014 waren: der hohe Abschreibungsbedarf in Rumänien, die erneuten Fremdwährungskreditmaßnahmen in Ungarn, sowie die geopolitischen Spannungen rund um Russland und die Ukraine.

Rückläufiges Volumen der Schweizer-Franken-Fremdwährungskredite in Österreich und in CESEE durch aufsichtliche Maßnahmen

- Wie schon in den Jahren zuvor, gingen die Fremdwährungskredite in Österreich auch im Jahr 2014 weiter zurück. Die Schweizer-Franken-Kredite betragen im Februar 2015 knapp 35 Mrd EUR, wovon 26 Mrd EUR auf private Haushalte entfielen. Durch die Aufgabe des EUR/CHF-Mindestkurses der Schweizerischen Nationalbank am 15. Jänner 2015 wertete der Schweizer Franken deutlich auf, wodurch sich auch das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen in Schweizer Franken schlagartig erhöhte. Die in den vergangenen Jahren stark schrumpfenden Deckungslücken bei Krediten in Verbindung mit Tilgungsträgern sind durch die starke Aufwertung ebenfalls wesentlich angestiegen. Seit der FMA-Empfehlung vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte mit währungsinkongruentem Einkommen zu vergeben, fiel das Volumen wechsellkursbereinigt um knapp die Hälfte. Trotz dieses Rückgangs stellen Fremdwährungskredite weiterhin ein Risiko für private Haushalte und für die österreichische Finanzmarktstabilität dar.
- In CESEE hatten die österreichischen Banken per Dezember 2014 ca. 112 Mrd EUR an Fremdwährungskrediten ausstehend. Davon wurden 77 Mrd EUR indirekt über die österr. Tochterbanken in CESEE und weitere 35 Mrd EUR in Form von Direktkrediten durch die österr. Banken vergeben. Der Großteil ist in Euro denominated. Die FMA-Mindeststandards sowie die Guiding Principles haben dazu beigetragen, dass die österr. Tochterbanken in CESEE das Volumen der ausstehenden Fremdwährungskredite seit Ende 2008 um wechsellkursbereinigt 50% reduziert haben. Ende 2014 betrug das ausstehende CHF-Kreditvolumen der österr. Tochterbanken in CESEE 11,2 Mrd EUR und wurde überwiegend in Ungarn, Polen, Kroatien und Rumänien vergeben.

Neuer Index UDRB löst am 1. April 2015 Sekundärmarktrendite ab

- Mit Ende März 2015 stellte die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) die Berechnung und Veröffentlichung der Sekundärmarktrenditen (SMR), aufgrund der Einführung einer EU-weiten Verordnung zu Benchmarkindizes, ein. Mit April 2015 übernahm die OeNB die Berechnung und Veröffentlichung des gesetzlichen Nachfolgeindex „Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen“ (UDRB). Durch die Aktualisierung der Datenbasis und Renditeberechnung stellt die OeNB dem Markt ein transparentes, Transaktionsdaten basiertes und repräsentatives Indexprodukt zur Verfügung.
- Der gesetzliche Übergang der SMR auf die UDRB ist im „Bundesgesetz betreffend die Ermittlung der Umlaufgewichteten Durchschnittsrendite für Bundesanleihen“ (UDRBG) geregelt.

SSM: Harmonisierung nationaler Wahlrechte und Ermessen unter CRR / CRDIV innerhalb des SSM

- Im Rahmen der Zielsetzung einer Angleichung von Aufsichtsstandards läuft innerhalb des SSM eine Initiative zur Harmonisierung der nationalen Wahlrechte und Ermessen unter CRR/CRDIV.
- Hintergrund der Initiative ist das Ergebnis der Umfassenden Bewertung („Comprehensive Assessment“), welche zeigte, dass in der Umsetzung von Wahlrechten, wie beispielweise. latente Steuern, immaterielle Vermögens-

- gegenstände oder Minderheiten, große Unterschiede bestehen, die zum Teil beträchtliche Auswirkungen auf die Eigenmittelausstattung haben.
- Es wurden verschiedene Arten von Wahlrechten und Ermessen identifiziert. Die Liste umfasst neben durch Mitgliedstaaten mittels Gesetz auszuübenden Wahlrechten auch Behördenwahlrechte, Bewilligungstatbestände und aufsichtliche Maßnahmen.
 - Die praktische Umsetzung würde, je nach Natur des Wahlrechts, durch harmonisiertes behördliches Handeln oder eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten, ihre nationale Umsetzung anzupassen, erfolgen. Eine geänderte Ausübung der Wahlrechte hätte potentiell erhebliche Auswirkungen auf bedeutende aber auch weniger bedeutende Banken (etwa durch eine Verkürzung bestehender Übergangsregelungen etc.). Soweit erforderlich, sollen daher Auswirkungsstudien durchgeführt werden.

SSM: Umfassende Beurteilung 2015 („Comprehensive Assessment“ – CA)

- Neben den 130 im Jahr 2014 im Rahmen der umfassenden Bewertung von der EZB untersuchten bedeutenden Banken, erfüllen nunmehr neun weitere Banken die (erweiterten) Kriterien, anhand derer die Institute als bedeutend eingestuft wurden. Daher werden diese neun Banken ebenfalls einer umfassenden Bewertung unterzogen. In Österreich sind davon die Sberbank Europe und die VTB Bank betroffen. Die restlichen sieben Banken verteilen sich mit jeweils einem Institut auf Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Malta, Portugal und Slowenien.
- Betreffend die umfassende Bewertung 2015 ist festzuhalten, dass die Methodologie jener aus dem Vorjahr entspricht, d.h. die betroffenen Banken müssen sich sowohl einer Prüfung der Qualität der Aktiva (Asset Quality Review - AQR) als auch einem Stresstest unterziehen. Ebenso gleicht der Zeitplan jenem aus dem Jahr 2014. Die Prüfung der Qualität der Aktiva (AQR) bildet den Ausgangspunkt für die umfassende Überprüfung und hat bereits begonnen. Darauf baut der Stresstest auf und die Ergebnisse sollen bis Jahresende 2015 vorliegen. Ob auch die Ergebnisse der neun neuen bedeutenden Banken veröffentlicht werden, ist bisher noch nicht entschieden.

Harmonisierte Einlagensicherung: Kernpunkte des Begutachtungsentwurfs des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) zur Umsetzung der Einlagensicherungs-RL (DGSD)

- Die Einlagensicherungs-Richtlinie (DGSD) ist im Juli 2014 in Kraft getreten und diese ist bis 3. Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen. Die Einführung eines einheitlichen, gemeinsamen Einlagensicherungssystems für alle Banken ist ab 1. Jänner 2019 vorgesehen (Errichtung einer juristischen Person bei der WKÖ). Bis dahin bleibt die bestehende Struktur mit 5 Einlagensicherungssystemen weiterhin aufrecht.
- Institutsbezogene Sicherungssysteme (= Systeme, deren Mitglieder sich zu gegenseitigen Unterstützungsleistungen verpflichten, um den Ausfall eines Mitglieds zu verhindern - IPS), die bestimmte Kriterien erfüllen, können jedoch ab 1. Jänner 2019 als Einlagensicherungssystem (EiSi) anerkannt werden.
- Zudem soll die Rolle der Aufsicht gestärkt werden. Bisher gibt es lediglich einen Informationsaustausch zwischen dem jeweiligen EiSi und der Aufsicht. Künftig erfolgt eine strenge Beaufsichtigung durch die FMA.

Finanzierung

- Ein wesentlicher Kernpunkt des ESAEG ist die Umstellung der Beitragsfinanzierung von im Nachhinein finanzierter Beiträge auf eine verpflichtende im Vorhinein („ex-ante“) basierte Finanzierung. Dazu werden ex-ante Töpfe mit einem Zielvolumen von 0,8 % der gedeckten Einlagen aufgebaut, welche durch risikobasierte Beiträge der Banken gespeist werden. Zudem haben die Banken im Sicherungsfall bis zu 0,5 % der gedeckten Einlagen über Sonderbeiträge aufzubringen.
- Des Weiteren kommt es zu einem Wegfall der unmittelbaren Beteiligung des Bundes (für den Differenzbetrag zwischen EUR 50 Tsd. und 100 Tsd.) und der Bundeshaftung im Falle einer Kreditaufnahme der betroffenen Einlagensicherung (EiSi).
- Abgemilderte Regressregelung sind bei einem Überlauf bis 31. Dezember 2018 vorgesehen (zweitbetroffene EiSis müssen die erstbetroffene EiSi finanziell unterstützen); ab 1. Jänner 2019 fällt der Regress weg.
- Für EiSis besteht neben der Auszahlungspflicht im Einlagensicherungsfall auch die Verpflichtung zur Finanzierung von Abwicklungsfällen (sofern die Einleger kontinuierlich Zugang zu ihren Einlagen haben). Die Sanierungsfinanzierung wird ausschließlich für IPS-EiSis ab 1. Jänner 2019 ermöglicht. Demnach können nach Verwendung der IPS Mittel auch die EiSi Mittel für Stützungsmaßnahmen im Rahmen des IPS verwendet werden.

OeNB Stellungnahme zum Gesetzesentwurf

- Zur Sicherstellung des Vertrauens der Einleger in das neue Einlagensicherungssystem sollte der Bund in Notfällen weiterhin die Möglichkeit haben, über eine entgeltliche Bundeshaftung die Finanzierung von Einlagensicherungsfällen sicherzustellen.
- Die vorgesehene Sanierungsfinanzierung in Form einer Verwendung von Einlagensicherungsmitteln für Stützungsmaßnahmen sollte im Sinne des Einlegerschutzes wegfallen oder zumindest eingeschränkt werden.
- Das bis 1.1.2019 vorgesehene Übergangsregime sollte aus Effizienz- und Tragfähigkeitsüberlegungen verkürzt werden.

Goldreserven der OeNB betragen 280 t

- Die Nettofremdwährungspositionen der OeNB per 28.02.2015 (20,1 Mrd EUR) teilen sich wie folgt auf: Gold und Goldforderungen rund 49,7 % (rund 10 Mrd EUR), Fremdwährungen rund 49,7 % und Sonderziehungsrechte rund 0,6 %.
- Der Goldbestand der OeNB liegt seit 2007 konstant bei rund 280 Tonnen. Die Länderaufteilung nach Lagerstätten physischer Bestände bzw. Auslieferungsstellen nicht-physischer Bestände ist (Stand April 2015): 224,4 t (rund 80 %) in UK, 6,9 t (rund 3 %) in der Schweiz und 48,7 t (rund 17 %) in Österreich. Derzeit gibt es keine Goldleihegeschäfte mit Banken.

Bargeld

- *Eurobargeldumlauf – anhaltende Nachfrage:* Der Banknotenumlauf im Euroraum betrug Ende März 2015 1.041,2 Mrd EUR (+8,1 % gegenüber 03/2014); davon entfielen 1.016,2 Mrd EUR auf Banknoten und 24,9 Mrd EUR auf Münzen. Ein Grund für den stetigen Anstieg ist die Eigenschaft des Euro als internationale Währung: EZB-Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 20 % und 25 % der umlaufenden Euro-Banknoten außerhalb des Euroraums gehalten werden (va. in den Nachbarregionen).

- *Fälschungen*: In Österreich wurden 2014 insgesamt 8.461 Stück Fälschungen (2013: 8.193) aus dem Umlauf sichergestellt. Dem stückmäßig gleichbleibenden Trend steht ein wertmäßiger Schadensrückgang gegenüber. Dieser wertmäßige Rückgang ist durch ein Sinken der EUR 100 Fälschungen im Vgl. zu 2013 erklärbar. Der im Vorjahr durch Falschgeld verursachte Schaden sank um 20,5 % und beläuft sich auf insgesamt 463.140 EUR. Die in Österreich am häufigsten gefälschte Banknote war mit 44 % die 50-Euro-Banknote, gefolgt von der 20-Euro-Banknote mit 30 % und der 100-Euro-Banknote mit 17 %. Schwerpunkt des österreichischen Falschgeldaufkommens lag mit 39 % unverändert im Ballungsraum Wien, gefolgt von Tirol mit 17 % und Niederösterreich mit 10 %.
- *Euro Serie 2 (ES2)*: Am 24. Februar 2015 wurde das Design der neuen Euro-Banknote erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Ausgabe erfolgt ab dem 25. November 2015. Seitens der EZB ist im gesamten Euroraum eine Parallelausgabe von ES1 und ES2 20 vorgesehen. Wie bei der neuen 10-Euro Banknote stellt die OeNB bereits im Vorfeld der Ausgabe Geräteherstellern und anderen relevanten Partnern frühzeitig Informationen zur Verfügung, damit sie sich auf die Einführung der neuen Euro-Banknoten vorbereiten können. Weiters bietet die OeNB die Möglichkeit zum Testen von Automaten und Geräten im OeNB-Testzentrum an bzw. ermöglicht seit 24. Februar 2015 die Banknotenleihe des neuen 20igers für Umrüstungs- und Testzwecke.
- *Kosten des Bargelds in Österreich*: Die Studie wurde 2014 von der WU Wien im Auftrag der Payment Service Austria (PSA) durchgeführt. Österreich besitzt bei Bargeld und Bankomatkarten im internationalen Vergleich ein relativ kosteneffizientes Zahlungsverkehrssystem am Point of Sale (POS). 2013 betragen lt. dieser Studie die volkswirtschaftlichen Kosten des Bargeldes rund 0,36 % des BIP (für 89 % aller Transaktionen bzw. rd. 3 Mrd. TX)), die Kosten für das Bankomatkartensystem 0,046 % (für 11 % der Transaktionen bzw. 378 Mio TX). Damit liegt Österreich unter dem europäischen Durchschnitt von 0,49 % für Bargeld und 0,1 % für Debitkarten. Es existiert eine Betragsgrenze, oberhalb der Kartenzahlungen günstiger werden als Bargeldzahlungen. Diese Betragsgrenze für kosteneffiziente Zahlungen liegen bei einem Wert von rund 10 EUR.

TARGET2 Securities

- Das Projekt *TARGET2-Securities*, das die Schaffung einer zentralen, vom Eurosystem bereitgestellten Infrastruktur für die Abwicklung von Wertpapiertransaktionen zum Ziel hat, ist im Plan. Ab 22. Juni 2015 wird das Eurosystem mit T2S europäischen Wertpapier-Zentralverwahrern eine harmonisierte und zentrale Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld ermöglichen. Die OeNB hat sich bereits erfolgreich an die T2S Testumgebung angebunden und mit den ersten Tests begonnen. Ab März 2016 (2. Migrationswelle) bietet die OeNB Geldkonten in T2S an. Die Oesterreichische Kontrollbank wird als österreichischer Wertpapier-Zentralverwahrer mit Beginn der dritten von insgesamt vier Migrationswellen ab 12. September 2016 die Abwicklung von Wertpapiertransaktionen in Euro nur mehr in T2S anbieten. Mit der 4. Migrationswelle im Februar 2017 sollte die Migration abgeschlossen und alle 24 Zentralverwahrer über T2S erreichbar sein.

OeNB Zahlungsverkehrssysteme

- *TARGET2/HOAM.AT*: Das Eurosystem und die OeNB stellen leistungsfähige, sichere und effiziente Interbankenzahlungssysteme für den Finanzplatz Öster-

reich zur Verfügung. Das Zahlungssystem der Notenbanken des Eurosystems – TARGET2 – dient der finalen Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Euro-Großbetragszahlungen in Echtzeit. Mit dem nationalen Buchungssystem HOAM.AT (Home Accounting Module Austria) können Kontoinhaber Liquiditätsüberträge, Bargeldgeschäfte und ständige Fazilitäten (Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität) durchführen sowie die Erfüllung der Mindestreserve überwachen. Für den Finanzplatz Österreich wurden über diese beiden Systeme im Jahr 2014 rund 2,9 Mio Zahlungsaufträge in der Höhe von rund 23.700 Mrd EUR abgewickelt.

- *Negativverzinsung:* In seiner Sitzung vom 5. Juni 2014 beschloss der EZB-Rat erstmalig die negative Verzinsung von Einlagen. Girokonten in Euro für mindestreservepflichtige Banken werden seit 11. Juni 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst. Girokonten in Euro für nicht mindestreservepflichtige Banken sowie Euro-Konten ausländischer Institutionen werden seit 1. November 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst. Girokonten des öffentlichen Haushalts in Euro werden unter Berücksichtigung eines Schwellenwertes rückwirkend seit 11. Juni 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst.
- *Clearingservices:* Für die Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Interbankenmassenzahlungen stehen den Marktteilnehmern die Clearingservices von OeNB und Geldservice Austria (GSA) zur Verfügung. Im Jahr 2014 wurden 574 Mio (Wert: 650 Mrd EUR) nationale und 37,8 Mio (Wert: 86 Mrd EUR) grenzüberschreitende Interbankenzahlungen über die Clearingservices durchgeführt. Dies zeigt die insgesamt sehr erfolgreiche Entwicklung dieses Dienstleistungsangebots seit Inbetriebnahme.